

## **Offener Brief des Willkommensbündnis Görlitz aus dem Bereich Flucht und Migration**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ursu,  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hummel,  
Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Meyer,

mit dem Kriegsgeschehen in der Ukraine seit März 2022 sind tausende Schutzsuchende nach Görlitz gekommen. Reell und medial galt Görlitz als Drehkreuz für ukrainische Vertriebene. Es entstand ein großes Hilfs- und Solidaritätsnetzwerk, welches über die Erstversorgung hinausging und zu großen Teilen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern initiiert wurde und noch wird. In den vergangenen Monaten haben wir festgestellt, dass die behördlichen Strukturen an ihre Grenzen gelangten was die Registrierung, Versorgung und Vermittlung der geflüchteten Menschen betraf. Es entstanden wochen- und monatelange Wartezeiten auf Anerkennungs- und Leistungsbescheide sowie auf finanzielle Zuwendungen. Eine Kommunikation mit der Ausländerbehörde, dem Jobcenter sowie der Bundesagentur für Arbeit ist für Helfende und Betroffene nur sehr erschwert möglich, da die dortige Erreichbarkeit aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens eingeschränkt ist. Für die geflüchteten Menschen hat das schwerwiegende Konsequenzen, da sie ihren Lebensunterhalt nicht sichern können.

### **Kein Zugang zu integrativen Maßnahmen**

Die Stadt Görlitz hat erhebliche Probleme im Bereich der Integration zu verzeichnen. Es fehlt an einer Integrationsstruktur, welche u.a. den schnellen Zugang zu Gesundheitsleistungen, Unterbringungen und Wohnungen, Sprachförderung, Bildung (Kita, Schule, Berufsschule, Studium), Ausbildung und Arbeitsmarkt sowie Freizeitangeboten ermöglicht. Zum Beispiel bestehen aktuelle Wartelisten von über 100 Personen je trägerbezogenem Sprachkursangebot in Görlitz. Die Eröffnung eines Basiskontos bei der Sparkasse ist momentan nicht möglich, da Termine erst wieder im März 2023 vergeben werden. Das verstößt gegen geltendes EU-Recht. Ebenso sind keine Termine bei der Agentur für Arbeit buchbar, was die Ausstellung eines Berechtigungsscheines für Berufssprachkurse verhindert. Weiterhin ist keine medizinische Grundversorgung in Görlitz gewährleistet. Es ist kaum noch möglich Termine bei Ärztinnen und Ärzten zu erhalten, da sich das Versorgungsnetz immer weiter ausdünn. Impftermine für Kinder, welche eine Masernschutzimpfung für den Besuch von Kita und Schule benötigen, haben Wartezeiten über Wochen und Monate. Dadurch wird eine Integration in Bildungsstrukturen für junge Menschen verwehrt.

### **Keine erforderlichen hauptamtlichen Strukturen**

Es existieren zu wenige hauptamtliche Verantwortliche, die sich um die Belange der vielen geflüchteten Menschen in Görlitz kümmern. Das betrifft neben den Vertriebenen aus der Ukraine auch andere Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund, die nun ebenfalls auf überlastete Strukturen stoßen und keine schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten. Wenngleich die formale Zuständigkeit beim Landkreis Görlitz liegt, ist es zwingend erforderlich, dass geflüchtete Menschen verlässliche Strukturen in der Stadt in der sie leben vorfinden, um sich informieren zu können. Aktuell wird das fast ausschließlich über zivilgesellschaftliches Engagement realisiert. Die Migrationsberatungsstellen (MBE) von Caritas und DRK haben ein sehr hohes Arbeitsaufkommen und können nicht alle Menschen wie gewünscht passgenau unterstützen. Zudem sind die MBE nur für Menschen mit dauerhaften Aufenthaltsrecht oder einer Anerkennung zugänglich. Aus diesen Gründen

suchen geflüchtete oder vertriebene Menschen vermehrt Hilfe innerhalb der ehrenamtlichen Strukturen.

### **Keine transparente Kommunikation**

Die Beobachtung der weiterhin angespannten politischen Lage in der Ukraine, die Belarus-Krise sowie das humanitäre Abkommen mit Afghanistan bis 2025 lässt darauf schließen, dass weitere Menschen nach Görlitz flüchten bzw. zugeteilt werden. Der Landkreis Görlitz gibt keine detaillierte Auskunft über Zuwanderungszahlen bzw. Schlüsselzuweisungen und wie diese Menschen versorgt werden sollen. Es ist unklar, wo Unterbringungsmöglichkeiten entstehen und wer diese fachlich betreut. Ein Informationssystem in die Öffentlichkeit existiert seitens des Landkreises hierzu nicht. Strukturen, die hierfür vorgesehen waren, sind die Steuerungsgruppe und die hauptamtlichen Netzwerktreffen. Die Steuerungsgruppe wurde die vergangenen zwei Jahre nicht einberufen. Das Netzwerktreffen fand nur sehr sporadisch statt, da die für die Organisation zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter u.a. in das Gesundheitsamt und später an die Ukraine-Hotline abgeordnet wurden. Hinzukommt, dass die kommunale Arbeitsgruppe „Integration und Asyl“ ihre Arbeit bisher nicht aufgenommen hat<sup>1</sup>. Die einzige Schnittstelle in die Stadtverwaltung Görlitz stellt aktuell die Gleichstellungsbeauftragte dar.

### **Keine tragfähige Vereinsstruktur**

Die Unterstützungskreise für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung sind am Limit ihrer Kapazitäten. Die Unterstützungskreise für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung sind am Limit ihrer Kapazitäten. Aus mangelnder finanzieller Absicherung mussten zum 01.01.2022 drei wichtige Treffpunkte für geflüchtete Menschen schließen bzw. das Angebot reduzieren. Hierzu zählt das Projekt „Frauen.Gestalten.Welten“ des Second Attempt e.V. (Verkürzung Öffnungszeiten und Reduzierung der Beratungstätigkeit auf Verweisberatung) sowie der „Ukraine-Treff“ auf der Jakobstraße (Schließung) und das Café Maqha des Second Attempt e.V. (Schließung). Es existieren keine weiteren Vereine in Görlitz, die sich im Hauptamt mit ausgebildeten Fachkräften auf Migrations- und Integrationsarbeit konzentrieren. Das liegt u.a. daran, dass die bestehenden Vereine mit ihren originären Aufgaben ausgelastet sind. Demnach wird die aktuelle Versorgung, Beratung, Betreuung und Integration vermehrt durch ehrenamtliche Strukturen bewältigt. Darüber hinaus verfügt Görlitz über keine Flüchtlingssozialarbeit mit pädagogischen Fachkräften oder einer ausgebildeten Integrationsbegleitung. Die existierenden behördlichen Stellen bieten wie aufgezeigt nur eine sehr marginale Entlastung. Zum Beispiel werden Termine nur nach vorheriger schriftlicher Beantragung per E-Mail gewährt. Hierbei ist die Amtssprache Deutsch, was den Zugang erheblich erschwert. Für Dolmetscherleistungen ist in vielen Fällen kein Budget vorhanden und der vermittelnde Sprachendienst von Ehrenamtlichen in Reichenbach, ist stark ausgelastet bzw. überlastet.

### **Positive Beispiele**

Besonders während der Hilfeleistungen für die vertriebenen Menschen aus der Ukraine konnten positive Bemühungen seitens der Behörden verzeichnet werden. Hieran gilt es anzuknüpfen und diese dauerhaft vorzuhalten. Dazu zählen:

- Vorhalten von Formularen in Landessprache
- leichter Zugang zu medizinischen Leistungen durch vereinfachte Abrechnungsverfahren
- kulturelle Hinweise auf der Homepage der Stadt und des Landkreises in Landessprache

---

<sup>1</sup> siehe Beschluss des Stadtrates (STR/0591/14-19) vom 27.06.2019, Nummer zwei im Beschlusstext

- öffentliche Bekanntmachung von Sprach- und Integrationskursen
- Meldung von freien Kita- und Schulplätzen

Zudem haben andere Kommunen Strategien entwickelt, um sich aktiv an der Integrationsarbeit zu beteiligen. Hierzu zählen u.a. kommunale Integrationsbeiräte und kommunale Flüchtlingsdialoge sowie eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Darüber hinaus haben sich zentrale Schnittstellenbüros, in welchen sowohl gebündelte Informationen als auch Weitervermittlung bereitgestellt werden, anderenorts etabliert.

### **Unsere Handlungsaufforderung**

Die jetzigen Gegebenheiten der Stadt Görlitz erfüllen uns mit Sorge. Aktuell erhalten Flüchtlinge in unserer Stadt nur eine unzureichende Unterstützung. Integrationsmaßnahmen reichen nicht aus oder finden nicht statt, da keine entsprechende Organisation innerhalb der behördlichen Strukturen vorhanden ist. Auch existiert keine migrationssensible hauptamtliche Anlaufstelle, die zentralisierte Information und Unterstützung vorhält. Dies kann die Entstehung von sozialen Brennpunkten fördern und isoliert geflüchtete Menschen von der Zivilgesellschaft. Das verhindert aktiv Integration. Ohne die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gäbe es für viele Geflüchtete keine Beratung sowie keine erweiterten sprachlichen oder kulturellen Angebote. Die Stadt Görlitz handelt grob fahrlässig, wenn sie die Strukturen nicht an die vorhandenen Bedarfe anpasst und sich auf das Ehrenamt verlässt.

Wir als Vereine, Verbände und Ehrenamtliche der Migrationsarbeit für die Stadt Görlitz haben uns zusammengeschlossen, um eine Stärkung der Unterstützungs- und Hilfeleistungen für alle Migrationsgruppen in Görlitz zu bewirken. In diesem offenen Brief sind nachstehend Beispiele für umfassende Unterstützungs- und Hilfeleistungen zusammengetragen, welche Personen mit Migrationshintergrund den Integrationsprozess in unsere Stadt erleichtern können. Ziel ist es, ein gerechtes und solidarisches System der Aufteilung der Verantwortlichkeit für alle Vertriebenen, Geflüchteten und Migrant:innen unabhängig ihrer Herkunft in der Stadt Görlitz zu etablieren. Dazu bedarf es:

- Politisches Statement:
  - öffentliche Bekanntgabe zum Umgang mit Migration und Integration in Görlitz
  - öffentliche Bekanntgabe zur Vorhaltung von Versorgungsstrukturen
  - Umsetzung, Fortschreibung, Evaluation des verabschiedeten Integrationskonzeptes<sup>2</sup>
- Sprachangebote:
  - Ausbau von Sprachkursen mit vereinfachtem Zugang
  - Ausbau der BAMF zertifizierten Kurse sowie entsprechendes Lehrpersonal
  - Aufbau eines vergleichbaren Angebotes für die Menschen, die über der Altersgrenze für Sprachkurse liegen
- Kita- und Schulangebote:
  - Bekanntgabe von freien Kindergartenplätzen und schnelle Vermittlung
  - Bekanntgabe von freien Schulplätzen sowie Schaffen von mehr DAZ-Klassen
  - Schulungen interkultureller Kompetenzen von pädagogischem Personal und Lehrkräften

---

<sup>2</sup> siehe Beschluss des Stadtrates (STR/0591/14-19) vom 27.06.2019, Nummer eins im Beschlusstext

- Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugänge:
  - Überblick über Arbeitsmarktzugänge
  - einfacher Zugang für Asylbewerber:innen zu Praktikumsplätzen (auch in der Verwaltung)
  - transparente und öffentliche Zusammenarbeit mit Unternehmen in Görlitz
  
- Gesundheitsversorgung:
  - Überblick zu Ärztinnen und Ärzten, Gesundheitszentren etc.
  - schneller und unbürokratischer Zugang zu gesundheitlicher Versorgung
  - Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten psychischer und chronischer Erkrankungen und notwendigen Vorsorgeuntersuchungen
  
- Schaffen von hauptamtlichen Stellen:
  - Aufstockung der personellen Kapazitäten in der Stadtverwaltung um 1,0 VZÄ zur Koordinierung von Unterstützungsmaßnahmen und zur Antragsstellung von Projekten
  - Einführung eines transparenten Schnittstellenmanagements von Kommune und Landkreis mit regelmäßigen Berichten in öffentlichen Gremien
  - Verzahnung von vorhandenen Stellen aus den Bereichen Prävention, Gleichstellung, Bürgerräten, Familien und Senioren
  - Einführung eines regelmäßigen und öffentlichen Berichtswesens zur Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Görlitz von 2018

Uns ist bekannt, dass die organisatorische Hauptverantwortung für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund beim Landkreis liegt. Dennoch haben viele dieser Menschen ihren Wohnsitz in der Stadt Görlitz und können nicht dauerhaft mit dem Vermerk der fehlenden Zuständigkeit mit ihren Anliegen abgewiesen werden. Daher sehen wir es in der Verantwortung des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters, mit dem Landkreis zusammenzuarbeiten und hier das Vorhandensein von geeigneten Hilfestrukturen zu verhandeln. Landkreisseitig ist für eine entsprechende personelle Besetzung der dortigen Ämter und Sachgebiete zu sorgen, um entsprechend die Aufgaben wahrzunehmen. Wir möchten Sie daher dringend auffordern, eine nachhaltige Aufbau- und Ablaufstruktur zur Asyl- und Integrationsarbeit in der Stadt Görlitz in Zusammenarbeit mit dem Landkreis zu schaffen.

Die genannten Punkte sind von den Mitgliedern des Willkommensbündnis Görlitz konsensfähig. Eine Liste der beteiligten Organisationen und Ehrenamtlichen befindet sich im Anhang. Wir erwarten eine öffentliche Diskussion und Stellungnahme binnen vier Wochen nach Eingang des offenen Briefes.

Görlitz, 12.01.2023

.....  
im Auftrag Katja Knauthe  
Gleichstellungsbeauftragte Stadt Görlitz |  
Kordinatorin Willkommensbündnis Görlitz